

Lehren aus der Corona-Krise: Ohne Staat ist kein Markt zu machen

Engartner, Tim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Engartner, T. (2022). Lehren aus der Corona-Krise: Ohne Staat ist kein Markt zu machen. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 71(2), 131-135. <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i2.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Lehren aus der Corona-Krise: Ohne Staat ist kein Markt zu machen

Tim Engartner

Die Aushöhlung der staatlichen Leistungsfähigkeit zählt zu den schwerwiegendsten Fehlentwicklungen unserer Zeit. Nicht zuletzt die im Zuge der Corona-Pandemie sichtbar gewordenen Verwerfungen sollten tiefgreifende Zweifel an der nach wie vor insbesondere von CDU, CSU und der FDP beschworenen „Allmacht des Marktes“ säen. Das ebenso unter- wie fehlfinanzierte Gesundheitssystem hat uns sicht- und spürbar vor Augen geführt, dass der Staat nicht als bloßer Reparaturbetrieb verstanden werden darf. Wird sich nun politischer Unmut regen, weil wir in der Coronapandemie gelernt haben, was es heißt, wenn an die Stelle einer an den Patient*innenbedürfnissen orientierten Gesundheitsversorgung eine an betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete Gesundheitsökonomie tritt? Das ist eine der spannendsten (politischen) Fragen unserer Zeit.

Denn gerade bei medizinischen und technischen Innovationen erweist sich die staatlich finanzierte Grundlagenforschung als unabdingbarer Treiber. So ist das *Silicon Valley*, welches weltweit Bewunderung findet, in vielerlei Hinsicht das Ergebnis staatlicher Investitionen (Mazzucato 2020: 54): „Die Forschungsmittel für *Googles* Suchalgorithmus stammten von der *National Science Foundation*, vom Staat also. Im Fall der GPS-Technologie, von der beispielsweise *Uber* lebt, war die *U.S. Navy* der Geldgeber. Die zum Pentagon gehörige *Defense Advanced Research Projects Agency* schließlich unterstützte die Entwicklung des Internet, der Touchscreen-Technologie, von Siri und jeder anderen Schlüsselkomponente des iPhones.“ Und nicht wenige Privatunternehmen im *Silicon Valley* profitierten zumindest in ihren Anfängen stark von Forschungsprojekten, die an der benachbarten *Stanford University* vom US-Militär beauftragt wur-



Tim Engartner

ist Professor für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt ökonomische Bildung an der Universität zu Köln. Zuletzt ist sein Buch „Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland“ in 2. Auflage im *Campus Verlag* erschienen.

den. Beispielsweise testet ein Forschungsinstitut des US-Militärs dort seit Jahresbeginn einen Coronaimpfstoff, der vor Infektionen mit einer Vielzahl von Virusvarianten schützen soll.

Staatlich co-finanzierte Märkte und Innovationen

Mehr als 46 Mrd. US-Dollar können die dem US-amerikanischen Gesundheitsministerium unterstehenden *National Institutes of Health* (NIH) im laufenden Jahr verausgaben, um z.B. Impfstoffe gegen Covid-19 zu entwickeln. Neben den Bürger*innen profitieren die Pharmakonzerne, die jedoch keinesfalls verpflichtet sind, ihre Präparate für diejenigen, deren Steuergelder sie in erster Linie finanzieren, erschwinglich zu machen. Ein besonders drastisches Beispiel ist die in Kalifornien beheimatete Firma Gilead, die für die Entwicklung ihres Covid-19-Arzneistoffs Remdesivir Bundeszuschüsse in Höhe von 70,5 Mio. US-Dollar erhielt. Im vergangenen Juni kündigte das Unternehmen an, was Amerikaner für *eine* Anwendung des Medikaments zahlen sollen: 3.120 US-Dollar.

Obendrein scheuen sich viele Unternehmen nicht, gegen Regulierungsmaßnahmen vorzugehen, die die Privatsphäre der Menschen schützen sollen. Und obwohl viel davon die Rede ist, welchen weitreichenden Einfluss die im *Silicon Valley* angesiedelten innovativen Technologien wie „KI-Produkte“ den dortigen Konzernen verschaffen, hört man wenig davon, dass auch in diesen Fällen staatliche Investitionen die Fundamente legten. Dabei erwies sich schon das in den 1960er-Jahren angebahnte Raumfahrt-Projekt „Apollo“ als Inkubator für das *Silicon Valley*. Jens Beckett, Direktor des *Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung*, bringt es auf den Punkt, wenn er feststellt (2020: 81): „Es hat eine gewisse Ironie, dass die *Silicon-Valley*-Ideologie mit der Erzählung vom genialen Visionär, der in der Garage einen Weltkonzern gründet, anfällig ist für die Ideologie der Libertären, die den Staat am liebsten abschaffen wollen. Dabei haben sowohl Innovationen als auch leistungsfähige Märkte gesellschaftliche und politische Voraussetzungen, die sie nicht selbst schaffen können.“

Diese Feststellung trifft auf Märkte zwischen Flensburg und Passau ebenfalls zu. So finanziert der Staat hierzulande derzeit 422 Hochschulen, 86 *Max-Planck-Institute*, 75 Institute und Forschungseinrichtungen der *Fraunhofer-Gesellschaft* sowie das dem Bundesgesundheitsministerium unterstehende *Robert Koch-Institut*, weil sich für die höchst riskanten Investitionen in Anliegen der Grundlagen-, zum Teil aber auch eben der Anwendungsforschung meist kein (ausreichendes) privates Kapital mobilisieren lässt. Wenn man bedenkt, dass die Risiken staatlicher Investitionen die Steuerzahler*innen tragen, die Gewinne jedoch weitgehend bei den Unternehmen verbleiben, die davon nicht nur profitierten, sondern vielfach einen angemessenen Beitrag zum Steueraufkommen schuldig bleiben, liegt eine zentrale politische Forderung nahe: Regierungen müssen darauf hinwirken, dass aus staatlich angebahnten Innovationen stammende Erträge jedenfalls teilweise wieder in staatliche Schatullen fließen, damit die steuerzahlende Öffentlichkeit von den eigenen Investitionen profitiert.

Blendwerk statt Substanz – oder: Der Ausverkauf geht weiter

Diese Forderung, welche insbesondere auf den Bereich der Forschung zielt, lässt sich erweitern, denn auch in anderen Bereichen der Gesellschaft – insbesondere in der öffentlichen Daseinsvorsorge – zeitigt die seit den 1980er-Jahren grassierende „Selbstentmachtung des Staates“ zahlreiche negative Folgen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Coronapandemie wird deutlich, dass ein Staat zugunsten der Allgemeinheit unverzichtbare Leistungen zur Verfügung stellen kann, die Märkte nicht vorhalten. Offenkundig brauchen wir staatliche Interventionen nicht nur, um Innovationen zu fördern, ökonomische Krisen abzufedern und soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Moderne Staaten übernehmen längst eine Reihe marktbezogener Funktionen, indem sie als Forscher, Innovatoren, Financiers, Risikoträger und Protektionisten von Märkten auftreten (vgl. Hedtke 2021: 85).

Insofern ist es gerade unter den Vorzeichen der Coronapandemie verwunderlich, dass es keinen Stimmungsumschwung zu Gunsten staatlicher Wirtschaftstätigkeit gibt und „Vater Staat“ weiterhin seine Aufgaben abschüttelt – wie ein Baum seine Blätter im Herbst. Noch immer veräußern Städte und Gemeinden nicht nur ihre Wasser-, Klär- und Elektrizitätswerke. Alle zwölf Minuten geht hierzulande auch deshalb eine Sozialwohnung verloren, weil die Kommunen ihre Wohnungsbestände veräußern (mitunter vollständig wie z.B. Dresden). Und unverändert wird der Müll bei zwei von drei Haushalten von den privaten Branchenriesen *Alba*, *Remondis*, *Sulo* oder *Veolia* entsorgt. Dass Marktmechanismen künftig bei (Hoch-)Schulen, Krankenhäusern und Justizvollzugsanstalten nicht mehr greifen sollen, ist eher unwahrscheinlich, denn noch immer halten mit Ausnahme der Partei *Die Linke* alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien das Versprechen aufrecht, dass durch Privatisierungen alle gewinnen und niemand verliert.

So lautete eine der ersten und politisch gewichtigsten Antworten auf die Frage, wie die milliardenschweren Löcher, die durch die Hilfsprogramme im Zuge der Coronapandemie in die öffentlichen Haushalte gerissen wurden, gestopft werden könnten. Der seinerzeitige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) schlug vor, weitere Staatsbeteiligungen zu veräußern. Zwar nannte der damalige Bundesfinanzminister und heutige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Pläne gegenüber dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* „etwas skurril“, denn Privatisierungserlöse spielen für die Einhaltung der Schuldenbremse keine Rolle, „weil sie rechnerisch ein Vermögens-austausch sind und nicht einbezogen werden können“ (zit. nach Preker/Peters 2021). Dass die SPD-geführte Bundesregierung künftig ein Garant gegen weitere Privatisierungen sein wird, darf jedoch aus wenigstens drei Gründen bezweifelt werden:

1. Keine Bundesregierung hat so weitreichend privatisiert wie die rot-grüne Bundesregierung zwischen 1998 und 2005. Mit dieser „Tradition“ gebrochen haben bislang weder die Sozialdemokraten noch Bündnis 90/Die Grünen. Dies konkretisiert sich u.a. daran, dass beide Parteien trotz der Pleite des zweitgrößten nordrhein-westfälischen Bahnbetreibers Abellio NRW zum Jahresbeginn an der wettbewerblichen Vergabe von Lizenzen für den Schienenpersonennahverkehr festhalten wollen.

2. Schon unter Leitung von Olaf Scholz (SPD) wies die Website des Bundesfinanzministeriums ein klares Bekenntnis zum „schlanken“ Staat aus (2022): „Ein wesentlicher Bestandteil der Privatisierungspolitik des Bundes ist die regelmäßige Überprüfung der Bundesbeteiligungen. Diese Prüfung erfolgt auch mit dem Ziel, Freiräume für privates Unternehmertum und für Wettbewerb zu eröffnen, um damit den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter zu stärken.“
3. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat im Januar d.J. sein Ziel bekräftigt, die Schuldenbremse vom nächsten Jahr an wieder einhalten zu wollen. Schon 2017 schlug der FDP-Bundesvorsitzende vor, die bundeseigenen Aktienpakete an der *Deutschen Telekom* und der *Deutschen Post* voll umfänglich zu verkaufen. Statt Steuern zu erhöhen, solle man besser privatisieren, denn der Wert der staatlichen Beteiligungen sei in den vergangenen Jahren ordentlich gewachsen. Es gebe keinen ordnungspolitischen Grund für die Aktienpakete in Staatsbesitz (vgl. Müller 2017). Und schon vor seinem Eintritt in die Bundesregierung als Justizminister machte Marco Buschmann in seiner Funktion als Erster parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion deutlich, dass seine Partei selbst verfassungsrechtliche Vorgaben in Zweifel zieht: „Die gesetzgeberische Option der Verstaatlichung ist der Blinddarm des Grundgesetzes: zwar enthalten, aber nutzlos und im Zweifel ein Entzündungsherd, der Schaden anrichtet“ (zit. nach dpa 2019).

Dass es sich bei den „Corona-Hilfen“ nicht um ein auf Dauer angelegtes Abrücken vom Neoliberalismus handelt, wird nicht zuletzt an den Plänen zur Rückführung der zusätzlichen Staatsverschuldung deutlich: Von 2023 bis 2043 sollen die neuen Schulden zu jährlich gleichen Anteilen getilgt werden – so das überwältigende Votum des Deutschen Bundestages in seiner Abstimmung vom 11. Dezember 2020, bei der nur drei Abgeordnete mit „Nein“ stimmten (bei 55 Enthaltungen) (zit. nach ZDF 2020). Die Rückzahlung der Staatsschulden erfordert indes Haushaltsüberschüsse. Wie aber soll der Staat über 20 Jahre Überschüsse erwirtschaften? Wenn Steuererhöhungen weiterhin ausgeschlossen werden, bleibt letztlich nur ein „Weiter so“ in Sachen Privatisierungspolitik – erst Recht unter der Ägide von Bundesfinanzminister Christian Lindner.

So unabdingbar wie naheliegend: „Re-imagining public value“

Dabei stößt der häufig aus reiner Finanznot geborene Ausverkauf von Volksvermögen mittlerweile bis in die Mitte der Gesellschaft auf – leider noch immer meist unzureichend artikulierte – Skepsis. So sind sich mehr als zwei Drittel der SPD- und Unionswähler*innen einig, dass Bahn, Post und Gaswerk beim Staat besser aufgehoben sind als in privaten Händen. Offenkundig ist der Glaube an die Allmacht des freien Marktes erschüttert, weil viele Bürger*innen realisieren, dass der Marktfundamentalismus als Form demokratischen Analphabetentums begriffen werden muss. Leonid Hurwicz, 2007 mit dem „Ökonomie-Nobelpreis“ ausgezeichnet, argumentiert ähnlich (zit. nach Fischermann 2007): „Freie Märkte mögen frei sein, aber sie sind nicht immer das Beste. Das ist eigentlich ein wohlbekannter Fakt, der zu den wichtigsten Grundla-

gen unseres Faches gehört. Für mich lautet in jeder konkreten Situation die Frage, wie viele Abstriche wir vom Ideal eines freien, gut funktionierenden Marktes machen müssen und welche. Viele Leute denken darüber nie besonders tief nach. Die fordern eine bestimmte Marktstruktur nicht als eine Lösung für ein Problem, sondern als ideologisches Ziel. Sie reden sich ein, man solle nach einem perfekten Markt streben, und gehen damit den wirklichen Problemen aus dem Weg.“ Mit jeder Privatisierung werden Einflussmöglichkeiten von demokratisch legitimierten Akteur*innen zu Privaten verschoben, sodass die Entscheidungen – jedenfalls prinzipiell – Personen und Gremien fällen, die sich nicht öffentlich verantworten müssen. Somit können schwerwiegende Verfehlungen, deren Auswirkungen oftmals erst später erkennbar sind, den Verantwortlichen nur bedingt angelastet werden – und meist nur bei strafrechtlicher Relevanz.

Ein Blick auf die Praktiken der Nachbarländer könnte hilfreich sein, um die Renaissance des Staates zu orchestrieren. Als die dänische Regierung zu Beginn der Pandemie anbot Lohnkosten bis zu 75 Prozent zu übernehmen, knüpfte sie dies an die Bedingung, dass die begünstigten Unternehmen auf betriebsbedingte Entlassungen verzichten. Zugleich weigerte sich die dänische Regierung auch, solche Unternehmen zu retten, die in Steuerparadiesen registriert sind und verbot es, staatliche Rettungsmittel für Dividenden und Aktienrückkäufe zu verwenden. In Österreich und Frankreich wurden Fluggesellschaften unter der Bedingung entlastet, dass sie ihren CO₂-“Fußabdruck“ reduzieren. An diesen Anregungen könnte sich auch die Bundesregierung orientieren. Es ist Zeit für ein alternatives wirtschaftspolitisches Paradigma.

Literatur

- Beckert, Jens (2020): Kein Markt ohne Staat. Interview, in: brand eins, 21. Jg., Heft 10, S. 80-83
- Bundesministerium der Finanzen (2022): Privatisierungspolitik, https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Privatisierungspolitik/privatisierungspolitik.html (abgerufen am 26.2.2022)
- dpa (2019): FDP: Möglichkeit zu Enteignungen aus Grundgesetz streichen, Meldung v. 5.4.
- Engartner, Tim (2022): Kommt der Staat zurück?, in: Luxemburg, 9. Jg., Heft 1, S. 102-107
- Hedtke, Reinhold (2021): Wissenschaftsorientierung, in: Engartner, Tim/ders./Zurstrassen, Bettina (Hg.): Sozialwissenschaftliche Bildung. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Paderborn: UTB- Verlag
- Mazzucato, Mariana (2020): Kapitalismus nach der Pandemie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 65. Jg. Heft 12, S. 51-60
- Müller, Benedikt (2017): Streit um Aktien von Post und Telekom, in: Süddeutsche Zeitung v. 24.10., <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/staatsbesitz-streit-um-post-und-telekom-aktien-1.3720492> (abgerufen am 26.2.2022).
- Preker, Alexander/Peters, Christoph (2021): Corona-Finanzierung. Fieses Tafelsilber könnte Altmaier noch verscherbeln, in: Spiegel online v. 3.2., www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-finanzierung-dieses-tafelsilber-koennte-peter-altmaier-noch-verscherbeln-a-807-f78e0-65cd-4529-924c-00b9-f67ed999 (abgerufen am 26.2.2022).
- ZDF (2020): Bund plant 218,5 Milliarden Euro Schulden, in: ZDF v. 15.6., www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-deutschland-rekordschulden-100.html (abgerufen am 26.2.2022).